

LandInForm

2/2015

Auszug

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

dvs@ble.de

www.land-inform.de

Regionalen Strom vor der Haustür vermarkten

Die politischen Rahmenbedingungen erschweren es, regional erzeugten Strom auch wirklich regional zu vermarkten. Erste vielversprechende Regionalstrom-Modelle mit Bioenergie-Anteil trotzen jedoch diesen Hindernissen. [VON NICOLE PAUL]

Das Modell „Erneuerbarer Strom aus der Region“ würde den Wünschen vieler Bürger entsprechen. Es könnte die Akzeptanz für die Energiewende erhöhen und die Stromnetze entlasten. Es könnte die Wertschöpfung in der Region erhöhen und die Regionen damit widerstandsfähiger machen. Unternehmen, die Strom aus Fotovoltaik, Wasserkraft und Windenergie über lokale Tarife anbieten, gibt es zwar schon eine Reihe. Strom aus Bioenergie ist in diesen Produkten aber noch eher selten enthalten. Neue Biomasse-Verstromungsanlagen wird es zwar in Deutschland im Zuge der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 kaum noch geben. Es gibt aber rund 8000 Biogasanlagen und rund 350 Holzheizkraftwerke, die im Rahmen des EEG noch für bis zu knapp 20 Jahre weiter produzieren. Für diese Anlagen könnte der Aufbau von Regionalstrom-Ansätzen interessant sein. Erste Firmen, Genossenschaften oder Gemeindewerke entwickeln derzeit bereits Regionalstrom-Modelle mit Bioenergie-Anteil.

Regionalstrom Franken

Im Oktober 2014 gründete sich die Regionalstrom Franken eG mit 80 Gründungsmitgliedern. Sie versteht sich als Vermarktungsgenossen-

schaft, die die zahlreichen Kleinerzeuger in der Region westlich von Nürnberg – vor allem Biogas- und Solaranlagen – bündeln und gemeinsam mit Stadt- und Gemeindewerken bis zum Endkunden vermarkten will. Ihr Ziel ist, dass die regionalen Versorger die erneuerbaren Kraftwerke in ihre Beschaffungsstrategie integrieren. Bisher kaufen die Stadt- und Gemeindewerke den Strom zum großen Teil bei konventionellen Kraftwerken. Das soll sich nun ändern. Die regionale Erzeugung erneuerbarer Energien wird dafür in einem Kombi-Kraftwerk gebündelt; Biogasanlagen dienen dazu, die Schwankungen bei Wind und Sonne auszugleichen.

Viele starke Partner in einem Boot

Dabei nutzt die Genossenschaft derzeit noch das EEG-Marktprämienmodell. Die Direktvermarktungsunternehmen (ein im EEG eindeutig definierter Begriff), mit denen sie kooperiert, sollen jedoch nicht den Weg über die Börse gehen, sondern den Strom direkt an die Stadt- und Gemeindewerke vor Ort verkaufen, die ihren Kunden dann ein regionales Produkt anbieten können. Mit der fränkischen Energie AG, dem nordbayerischen Regionalversorger, der gleichzeitig Direktvermarkter, Netz- und Kraft-

werksbetreiber ist, ist hier bereits ein starker Partner im Boot. Auch die Kooperationsgesellschaft fränkischer Elektrizitätswerke, ein Zusammenschluss kleiner Gemeindewerke, ist interessiert, ebenso wie der Biogaspool Bayerisch-Schwaben Nord, ein Zusammenschluss von Biogasanlagen mit rund 200 Megawatt (MW) Gesamtleistung.

Das Ziel: der förderfreie Betrieb

Für die Übertragung ihres Stroms benötigt die Genossenschaft nur die Mittelspannungs-, nicht die Hoch- und Höchstspannungsebene. Momentan lassen sich dadurch noch keine Kosten sparen. „So lange wir uns innerhalb des EEG-Systems bewegen, müssen wir die vollen Netzegebühren zahlen“, erklärt der Vorstandsvorsitzende Robert Spanheimer. „Wir wollen aber nicht zuletzt eine tragfähige Struktur aufbauen, die irgendwann auch ohne EEG funktioniert.“ Dann ließe sich auch ein Teil der Netzentgelte vermeiden. Eine Perspektive für Biogasanlagen, auch nach dem Auslaufen der EEG-Förderung ausreichende Preise zu erzielen, gäbe es nur im Verbund eines virtuellen Kraftwerks. Bislang erhalten Biogasanlagen bei der Genossenschaft keine dauerhaft höhere Vergütung als sonst im Marktprämienmodell



und auch die Endkunden werden künftig wohl erst einmal den gleichen oder nur geringfügig niedrigeren Strompreis wie bei ihren jetzigen Tarifen zahlen.

Hoffnung auf Änderungen im EEG

„Da wir unseren Strom offiziell nicht als Ökostrom bewerben dürfen, wollen wir nachweisen, dass Verbrauch und regionale Erzeugung gleichzeitig stattfinden“, benennt Spanheimer eine weitere Herausforderung. Er hofft wie viele andere auf die Verordnungsermächtigung für Herkunftsnachweise im EEG. Mit dieser könnte das Gesetz nachträglich so geändert werden, dass regional direktvermarkteter EEG-Strom doch die Nachweise erhalte, verbunden mit einer Befreiung von der EEG-Umlage.

Die Bundesregierung will im Frühjahr 2015 einen Vorschlag für ein Ökostrom-Direktvermarktungsmodell machen, dass diese beiden Elemente enthalten könnte. „Dann wäre unser Modell wirtschaftlich noch attraktiver und übertragbar auf viele andere Regionen“, so Spanheimer.

Regionalstrom Franken kann als Pionier vorweg gehen, weil es von besonders günstigen Ausgangsbedingungen profitiert: Von der Vielzahl an Kleinanlagen und der Kooperation mit N-Ergie,

deren Kunden und Netze sich sowohl im Nürnberger Stadtgebiet als auch im ländlichen Umland befinden. Die Vision von Spanheimer und seinen Mitstreitern ist, dass diese Konstellation zu einer ganz neuen Stadt-Land-Partnerschaft für Energie führen könnte.

Zunächst gilt es aber für die Franken, möglichst viele weitere Anlagenbetreiber zum Eintritt zu bewegen, um Stromlieferverträge mit der N-Ergie und anderen Händlern abschließen zu können. Die Vermarktung an die Endkunden wird ab Mitte dieses Jahres starten.

Envitec: Biogasstrom direkt an den Endkunden

Seit der Umsetzung der EU-weiten Strommarktliberalisierung in deutsches Recht im Jahr 1998 können die Bundesbürger ihren Stromanbieter frei wählen. Doch auch heute, mehr als 15 Jahre später, macht davon nur eine Minderheit Gebrauch. Die meisten deutschen Haushalte sind ihrem regionalen oder lokalen Anbieter treu geblieben. Für Alfred Gayer, Geschäftsführer der EnviTec-Tochter EnviTec Stromkontor, liegt das ganz klar an dem Vertrauensvorsprung, den die Nähe zwischen Versorger und Kunde erzeugt. Und Vertrauen ist vielen Kunden offenbar noch wichtiger

als ein günstiger Preis, so eine Studie des Marktforschungsunternehmens YouGov von Anfang 2014.

Hier will auch EnviTec ansetzen. Das Unternehmen plant, baut und betreibt nicht nur Biogasanlagen, sondern ist auch einer der Stromhändler, die in Deutschland erneuerbaren Strom an der Börse handeln. Dadurch mit dem Energiemarkt vertraut, kam EnviTec 2014 auf die Idee, selbst einen Strompreis für Endkunden aus Sicht eines Biogas-Anlagenbetreibers als Stromlieferant zu kalkulieren und die Marktattraktivität zu testen. Die höheren Gestehungskosten des Biogas' im Vergleich zum konventionellen Strom könnte die Marktprämie im Rahmen der EEG-geförderten Direktvermarktung ausgleichen, so die Überlegung.

Lokaler Tarif günstiger

Eine von EnviTec durchgeführte Machbarkeitsstudie zeigte dann, dass der Eigenstromvertrieb tatsächlich wirtschaftlich darstellbar wäre:

Der kalkulierte Preis, der alle nötigen Abgaben, Netzentgelte und Steuern enthielt, war im Vergleich zum örtlichen Durchschnittstarif sogar günstiger. EnviTec wagte darauf den Schritt und bot Ende 2014 für die Biogasanlage im brandenburgischen Neutrebbin den ersten lokalen Tarif an. →

Aufsichtsrat und Vorstand der Regionalstrom Franken eG

Der Standort eignet sich gut, weil hier bereits viele Bürger Wärme aus der gleichen Biogasanlage über ein Nahwärmenetz beziehen. Der Schritt von der Wärme zum Strom war dann nicht mehr groß. Zudem wurden Transparenz und Einbezug der Öffentlichkeit in dem Ort mit rund 250 Haushalten schon seit Baubeginn der Anlage groß geschrieben. Gayer und seine Kollegen wollen die Stromkunden denn auch ohne großen Marketingaufwand gewinnen. „Wir schwimmen gegen den Strom und werben zum Beispiel nicht im Internet“, erklärt Gayer. Man setze auf Infoveranstaltungen, Artikel in der Lokalpresse und Mundpropaganda. Offenbar mit Erfolg, denn bislang zählt der seit rund zwei Monaten angebotene Tarif bereits eine „hohe zweistellige Kundenzahl“ (Stand Mai 2015), so Gayer. Die eingesparten Vertriebskosten werden dabei an den Kunden weitergegeben. Auch die Reduzierung der Handelsstufen vergünstigen den Tarif: Stromlieferant ist die Biogas Neutrebbin GmbH & Co.KG, eine Betreibergesellschaft aus der EnviTec-Gruppe, Kunde sind die Neutrebbiner Bürger, dazwischen: nichts, keine Zwischenhändler, keine Börse. Lediglich EnviTec Stromkontor übernimmt für den Anlagenbetreiber dienstleistend die Kundenbetreuung und die kaufmännische Abwicklung. Im Ergebnis kann ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden (kWh) etwa 30 bis 50 Euro im Jahr sparen.

Stromsteuerspar-Modell bringt Vorteile

Auch das vielerorts von Stadt- und Gemeindewerken angewendete Stromsteuerspar-Modell nutzt die Biogasfirma in Neutrebbin. Generell können Betreiber die Stromsteuer in Höhe von 2,05 Cent pro kWh sparen, wenn ein enger räumlicher Zusammenhang zwischen Anlage und Kunde gegeben ist, die Anlage maximal zwei MW Leistung hat, Einspeisung und Verbrauch zeitgleich erfolgen und Anlagenbetreiber und Stromlieferant identisch sind. Dabei ist der enge

räumliche Zusammenhang nicht eindeutig definiert, nach derzeitiger Rechtsprechung beträgt er rund 4,5 Kilometer Umkreis um die Anlage. Die Biogas Neutrebbin beliefert jedoch auch Kunden, die weiter von der Anlage entfernt liegen, wie den Oderbruch-Zoo in Oderaue. Deshalb ist die Stromsteuer fester Bestandteil des Neutrebbiner Stromtarifs. Das Stromsteuerspar-Modell unterstützt die Biogas Neutrebbin jedoch grundsätzlich, ihren Kunden einen attraktiven Strompreis anbieten zu können.

Nachhaltig wachsen, auch ohne EEG

Nach dem Neutrebbiner Modell will EnviTec Stromkontor eine lokale Stromvermarktung an bis zu 60 eigenen Biogasanlagen aufbauen, aber auch externen Anlagenbetreibern das Modell anbieten. Den Strom an Endkunden zu verkaufen, statt ihn über die EnviTec Stromkontor an der Börse zu vermarkten, rechnet sich für die Biogas-Anlagenbetreiber. Diese und die zukünftigen Stromlieferanten müssen allerdings alle Pflichten eines Energieversorgers erfüllen, dazu gehören neben der kaufmännischen Abwicklung unter anderem auch das Bilanzkreismanagement zum Nachweis der zeitgleichen Einspeisung und der Zukauf von Fehlmengen. Zusätzlich will EnviTec mit dem neuen Geschäftsmodell Perspektiven für den eigenen Anlagenpark ebenso wie für externe Kunden für die Zeit nach dem EEG schaffen. „Eine abgeschriebene Biogasanlage hat im positiven Fall Stromgestehungskosten von zehn bis zwölf Cent pro kWh. Der Börsenstrompreis lag vor einigen Jahren schon mal bei etwa acht Cent und könnte sich wieder in diese Richtung entwickeln“, so Gayer. Über die bereits beschriebenen Vorteile beim Vertrieb, aber auch über eine Quersubventionierung durch den Wärmeverkauf in abgeschriebenen Wärmenetzen ließe sich die verbleibende Lücke dann womöglich schließen und eine Perspektive für Biogasanlagen nach Auslaufen der EEG-Förderung aufzeigen. ■



Biogasanlage Neutrebbin des EnviTec Stromkontor

SERVICE:

Kein Herkunftsnachweis für Ökostrom

Die Mehrzahl der Neuanlagen, die Strom aus Biomasse erzeugen, befindet sich heute im Marktprämienmodell, im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als „Geförderte Direktvermarktung“ bezeichnet. Gegenüber der klassischen EEG-Vergütung ist dieses Modell für den Anlagenbetreiber zwar mit größerem Risiko, aber auch mit potenziell höheren Einnahmen verbunden. Einen Nachteil hat das Marktprämienmodell mit der klassischen EEG-Vergütung jedoch gemeinsam: Die Vermarktung läuft meist über die Börse und damit wird aus Ökostrom Graustrom. Das vom Umweltbundesamt geführte Register für Ökostrom-Herkunftsnachweise stellt für erneuerbaren Strom im Marktprämienmodell oder mit fixer Vergütung nach EEG keine Nachweise aus. Kein Betreiber, Händler oder Versorger kann diesen Strom damit offiziell als „Ökostrom“ anbieten und kein Kunde kann ihn direkt beziehen. Der heute in Deutschland durch viele Ökostromanbieter vertriebene Strom mit Herkunftsnachweisen stammt häufig aus norwegischer oder österreichischer Wasserkraft.

Bild: EnviTec Biogas



KONTAKT:
Nicole Paul
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)
Telefon: 03843 6930-142
n.paul@fnr.de
www.fnr.de
www.regionalstrom-franken.de
www.envitec-biogas.de

Kulturstadel belebt den Ort

Ein schwäbisches Ehepaar hat das erreicht, wovon viele Kleinveranstalter träumen. Sie haben dem kleinen Weiler Erpfenhausen auf der Schwäbischen Alb zu touristischer Beliebtheit verholfen – bei Kulturliebenden der Region und Reisenden. [VON DIRK HERRMANN]



Bereits seit mehr als zehn Jahren ist der idyllisch gelegene Weiler Gerstetten-Erpfenhausen im Landkreis Heidenheim in Baden-Württemberg ein beliebter Treffpunkt für Kleinkünstler und ihr Publikum. Zunächst fanden die Veranstaltungen in einem Stadel, einem Stall, statt, den das Ehepaar Sonja Banzhaf und Benny Jäger provisorisch zur Kleinkunstbühne umfunktioniert hatte. Die Vernetzung von Benny Jäger, der als Musiker Kontakt zu vielen Künstlern pflegt, trug dazu bei, dass der Hof als Veranstaltungsort bekannt wurde. Später entwickelten die Eheleute die Idee, Kultur, Gastronomie, Fremdenverkehr, Landschaft und Landwirtschaft stärker miteinander zu verknüpfen, um den Tourismus anzukurbeln und die Grundversorgung im Ort, in dem 15 Einwohner leben, zu verbessern.

Ländlichen Raum attraktiv und erlebbar gestalten
Mithilfe einer LEADER-Förderung konnten sie ihre Idee in die Tat umsetzen. Mit dem „Kulturhof Erpfenhausen“ entstand ein zeitgemäßer Kulturstadel mit moderner Technik. Neben dem Umbau des Kulturhofs wurde eine stillgelegte Gaststätte reaktiviert und zwei Ferienwohnungen eingerichtet. Die Gaststätte ist mittlerweile zum viel besuchten Ausflugsziel für Touristen geworden, die die Schwäbische Alb zu Fuß oder mit dem Rad erkunden; die Einwohner des Ortes nutzen das Lokal als Treffpunkt. Zudem hat sich die Errichtung des Kulturhofs positiv auf das Arbeitsplatzangebot in der Region ausgewirkt. Mittlerweile beschäftigt die von einem Pächter betriebene Gaststätte fünf bis acht Küchen- und Servicekräfte; im Dienstleistungsbereich des Kulturhofs werden zeitweilig ein bis drei geringfügig beschäftigte Mitarbeiter eingesetzt.

Herausforderung Förderung

Die erste Hürde, die das Ehepaar überwinden musste, war die Beantragung der Fördergelder aus dem ELER. Zeitgleich eine Unternehmensgründung vorzubereiten, Sponsoren zu suchen, die Finanzierung des Eigenanteils zu sichern und das Projekt zu bewerben, wurde zur Herausforderung. Neben dem Kaufmännischen war insbesondere im Zusammenhang mit dem Baurecht einiges zu klären. Die Investoren mussten die Erfahrung machen,

dass durch ein Umnutzungsvorhaben Probleme entstehen können, die im Vorfeld selbst für Fachleute in ihrer Gesamtheit schwer abzusehen sind. Unterstützt wurde das Ehepaar durch die Gemeinde Gerstetten-Erpfenhausen sowie das Regionalmanagement der Lokalen Aktionsgruppe Brenzregion.

Mittlerweile ist der Kulturbetrieb mit anderen Bühnen, mit Kulturämtern und der Presse vernetzt. Die Veranstaltungen werden vom Pächter der Gaststätte und von anderen Gastronomen aus der Region beliefert. Zudem arbeitet der Hof mit zwei landwirtschaftlichen Betrieben aus der Umgebung zusammen, so wird während der Veranstaltungen Wurst von einer nahegelegenen Straußenfarm als Pausensnack verkauft. Darüber hinaus ist die Erweiterung der Speisekarte der Gaststätte mit Produkten eines Bio-Hofes aus der Gegend geplant. Synergien entstehen dabei vor allem in Sachen Werbung, sowohl für den Kulturhof als auch für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Bürger unterstützen den Kulturhof

Vier Mal im Jahr finden einwöchige Kulturveranstaltungen mit bis zu 200 Gästen pro Tag auf dem Hof statt. Auch zwischendurch werden kleinere Theateraufführungen und Feiern veranstaltet. In der übrigen Zeit wird der Kulturhof für externe Events vermietet. Ein engagiertes Team freiwilliger Helfer, darunter Techniker, Parkplatzzeiger und Ticketverkäufer, unterstützt den Hof bei den eigenen Kulturveranstaltungen. Der Kulturhof als privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen ist dennoch nur mithilfe von Sponsoren am Leben zu erhalten. Deshalb ist für den Kulturbereich nun die Gründung eines Vereins geplant. ■

Das Ehepaar Sonja Banzhaf und Benny Jäger betreibt den Kulturhof Erpfenhausen.



KONTAKT:
Kulturhof Erpfenhausen
Benny Jäger und Sonja Banzhaf GbR
Telefon: 07323 920053
info@kulturhof-erpfenhausen.de
www.kulturhof-erpfenhausen.de

Kulturelle Schätze neu genutzt

Der Museumshof Puddemin auf der Insel Rügen entführt in vergangene Epochen. Möglich gemacht hat dies – neben der ELER-Förderung – die Hartnäckigkeit der Initiatorin Regina Zeitz. [VON JULIANE MANTE]

Der Museumshof Puddemin in der Gemeinde Poseritz im Südosten der Insel Rügen liegt in einem kulturhistorisch sehr bedeutenden Gebiet. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich zwei Hügelgräber der Bronzezeit, die Burgwallanlage der Stadt Garz, sowie Museum und Geburtshaus des politischen Literaten Ernst Moritz Arndt. Das besonders reizvoll direkt am Bodden in einem Landschaftsschutzgebiet gelegene Hofgelände selbst besteht aus historischen Besonderheiten unterschiedlicher Epochen: Drei Bodendenkmäler aus dem Neolithikum legen die Existenz einer steinzeitlichen Siedlung nahe. Seinen Ursprung hat das Bauerngehöft in Rügens Schwedenzeit (1648 bis 1815): Das Haupthaus in seiner jetzigen Gestalt bauten im Jahre 1681 niedersächsische Siedler, die die damalige schwedische Regierung ins Land holte, um das während des 30-jährigen Krieges zerstörte und fast menschenleere Gebiet neu aufzubauen. Abgerundet wird das Ensemble von einem „Chausseegeldeinnehmer Etablissement“ nebst Nebengebäude aus Rügens Preußenzeit (1815 bis 1945).

Denkmalschutz als Hauptmotiv

Der zum großen Teil historisch getreue Wiederaufbau dieser Gebäude haben die Theologin Regina Zeitz und ihrem Mann Wolfgang Zeitz viel Ausdauer, Kraft und eine Menge Nerven abverlangt. Die ursprünglich aus dem Münsterland stammende Familie mit zwei Kindern erwarb 1997 auf der Suche nach einem Wohnsitz für den Lebensabend erste Teilstücke des Museumshofes. Im Jahr 2002 schließlich kauften sie das gegenüber ihres Wohnhauses gelegene Herzstück des Hofensembles – bestehend aus einem Haupthaus, einer Stallscheune und einem weiteren kleinen Stall – vom Enkel des Alteigentümers, um es denkmalgerecht zu erhalten. „Wenn ich dieses historisch wertvolle Kulturgut hätte verkommen sehen müssen – ich wäre weggezogen“, erklärt die mit Leib und Seele dem Denkmalschutz verschriebene Regina Zeitz ihre Motivation. Ein schlüssiges Nutzungskonzept hierfür entwickelten sie erst nach und nach mithilfe eines regionalen Planungsbüros. Inspiriert haben sie dabei die

Diskussionen mit dem damaligen, sehr rührigen Bürgermeister Michael Burmeister und den Gemeindevertretern. Michael Burmeister hatte auch die Idee, die Sanierung und Umnutzung über ELER-Mittel fördern zu lassen und vermittelte ihnen viele notwendige Kontakte. Die Bauarbeiten starteten 2004 zunächst mit Notsanierungen insbesondere der Dächer, um den weiteren Verfall zu stoppen. Alle weiteren Sanierungen nahm das Paar dann sukzessive in Angriff.

Kulinarik und Kultur im Doppelpack

Seit dem Sommer 2014 bietet der Museumshof drei Ferienwohnungen in der ehemaligen historischen Stallscheune sowie das Café „Mäusewinkel“ im kleinen Stall. Im zusätzlich 2010 erworbenen, ehemaligen Chausseehaus wird dieses Frühjahr zudem das „Galerie-Café Friedrich“ eröffnet. Regina Zeitz kümmert sich vor allem um die Ferienwohnungen, ihr Mann um den Cafébetrieb. Eine ganzjährig angestellte Kraft wird ebenfalls in der Gastronomie eingesetzt. Die in der Gastronomie verarbeiteten Produkte bezieht Wolfgang Zeitz so weit wie möglich von regionalen Unternehmen.

Neben dem kulinarischen Angebot kommt die Kultur nicht zu kurz: Das nur im Sommer betriebene Café Mäusewinkel beherbergt wechselnde Ausstellungen, die eine Brücke zwischen Ost- und Westdeutschland schlagen sollen – beispielsweise zu Themen wie „Reisen in den 1950er-Jahren“ oder dem Frauenbild in Ost und West. Auch das Galerie-Café Friedrich wird regionalen Künstlern eine Plattform bieten. So kommen hier in einer Lesereihe im Rahmen des diesjährigen Rügener Märchensommers verschiedene Märchenerzählerinnen zu Wort.

Den Schwierigkeiten trotzen

Viele der notwendigen Arbeiten waren zu Beginn nicht vorhersehbar, wie etwa, das Kassenprogramm selbst programmieren zu müssen, um es auf die eigenen Bedürfnisse zuzuschneiden. „Wenn wir bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung – zumindest jetzt zu Beginn – unseren



eigenen Lohn mit berücksichtigen würden, ständen wir ganz schnell in den roten Zahlen“, erklärt Wolfgang Zeitz das Dilemma. Auch das Fachpersonal zu finden, das unproblematisch unterschiedliche Kassensysteme und Kaffeemaschinen bedienen und pflegen kann, war eine kleine Herausforderung.

Das Haupthaus von 1681 wartet derzeit noch auf seine neue Bestimmung. Eine sowohl für die Denkmalschutzbehörde als auch für die Familie annehmbare Nutzungsmöglichkeit zu finden, ist sehr zeitaufwändig. Um es vor dem Verfall zu retten, haben die Zeitz' deshalb zunächst ein neues Dach über das ursprüngliche gesetzt. Sobald die Zeit und das Geld es erlauben, wollen sie auch dieses Projekt wieder in Angriff nehmen.

Die Freuden und Mühen der Förderung

Das Gesamtprojekt des Museumshofes – bestehend aus der Sanierung der Stallscheune, der kleinen Stallung und des Chausseehauses, dem Bau der Zuwegung und eines Parkplatzes sowie der Errichtung eines Museumsgartens – wurde theoretisch mit rund 422 000 Euro ELER-Mitteln gefördert, das sind 45 Prozent der Gesamtinvestitionssumme. Praktisch waren es rund 51 000 Euro weniger, denn der Gemeinde fehlte das Geld für den notwendigen Kofinanzierungssatz von 12,5 Prozent. Den musste Familie Zeitz selbst aufbringen.

Heute blicken die Zeitz' durchaus kritisch auf den steinigen Weg, den sie bis zur Eröffnung des Museumshofes gegangen sind. Als besonders gravierend empfand das Paar den Umstand, dass eine Fördermittelzusage feste Fertigstellungsfristen nach sich zieht. „Die Firmen wissen, dass sie ihr Geld bekommen, egal wie sie arbeiten“, fasst Wolfgang Zeitz zusammen. „Das kann die Qualität ihrer Arbeit erheblich beeinträchtigen.“

Begeistert waren die Zeitz' aber von der Unterstützung ihrer Bearbeiterin an der Bewilligungsbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen, Karla Stroyk: „Sie war fast ebenso am Gelingen des Projektes interessiert wie wir.“ Spürt man den Enthusiasmus und das Herzblut, mit dem

das Paar dieses Projekt vorangetrieben hat, kann man sich nicht vorstellen, dass sie in Zukunft vor Schwierigkeiten schnell kapitulieren. Sie sagen aber auch: „Ohne etwas Geld in der Hinterhand hätten wir dieses Projekt nie realisieren können. Hier in der Region gibt es viele historisch sehr wertvolle Gebäude. Ihr Erhalt scheitert aber oft, weil entweder die Ressourcen oder der Wille fehlen.“

Viel Unterstützung vor Ort

Nach anfänglicher leichter Skepsis hat die ansässige Bevölkerung die Familie sehr unterstützt und das Vorhaben damit teilweise erst ermöglicht. So halfen die zwei örtlichen Agrargenossenschaften beispielsweise bei Baumfällarbeiten oder berieten bei der Auswahl des zu verwendenden Saatgutes für die zum Hofensemble gehörende Freifläche.

Die Erfahrungen der ersten Saison nach Eröffnung des Cafés Mäusewinkel stimmen zuversichtlich, denn obwohl bisher kaum Zeit für Werbung blieb, stürzte sich vor allem die heimische Bevölkerung regelrecht auf das neue Angebot: „Hier gibt es ja sonst wenig Möglichkeiten, sich zu treffen. Wir mussten oft alle eigentlich geplanten Arbeiten liegenlassen, weil unser Café ganz unerwartet permanent voll war“, beschreibt Regina Zeitz diese kleine positive Herausforderung. Wie gut die Ferienwohnungen angenommen werden, wird sich ab dieser Saison zeigen.

Pläne für die Zukunft

Derzeit konzipiert Regina Zeitz nach dem Vorbild der Deutschen Märchenstraße eine Märchenstraße für das südliche Rügen. Sie soll die Sagen des Dichters Ernst Moritz Arndt an den jeweiligen Örtlichkeiten, an denen sie beheimatet sind, erfahrbar machen. Zwei dieser Sagen haben ihren Ursprung in Puddemin und werden damit das Gesamtkonzept des Museumshofes abrunden. ■



KONTAKT:
Regina und Dr. Wolfgang Zeitz
Museumshof Puddemin
Telefon: 01577 1571933
puddemin@gmx.de
www.puddemin.de

Region sorgt für Breitband

Der Landkreis Cochem-Zell in Rheinland-Pfalz organisiert seinen Breitbandausbau selbst. Eine öffentlich-private Partnerschaft und rund 17,5 Millionen Euro sollen es möglich machen, dass über 100 Ortsteile den Anschluss nicht verlieren. [VON KARL-JOSEF FISCHER]



Die Gesellschafter bei der Gründung der Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH im Dezember 2011

Zwei Jahre, 108 Ortsteile und rund 340 Kilometer Glasfaserkabel – das sind die Eckdaten des bundesweiten Vorreiter-Projekts zum Breitbandausbau, das vom Landkreis Cochem-Zell, allen seinen Verbandsgemeinden sowie privaten Unternehmen realisiert wurde. Das Ergebnis dieser öffentlich-privaten Partnerschaft: Mitte 2015 werden alle Ortslagen an das Glasfasernetz angeschlossen und durch einen Telekommunikationsanbieter größtenteils mit Bandbreiten von 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s), mindestens jedoch 16 Mbit/s versorgt sein. Das zugrundeliegende Konzept bedarf keiner Zuschüsse der öffentlichen Hand, eine finanzielle Beteiligung der Bürger hat nicht stattgefunden.

Breitbandversorgung war unzureichend

Im Frühjahr 2009 analysierte die Kreisverwaltung die DSL-Verfügbarkeit in allen Orten des ländlich strukturierten Landkreises Cochem-Zell. Die Ergebnisse waren eindeutig und typisch für ländliche Räume: In vielen Gemeinden gab es eine unzureichende Breitbandversorgung, doch Telekommunikationsunternehmen bauten das Netz wegen der fehlenden Wirtschaftlichkeit kaum weiter aus.

Der Bedarf an höheren Bandbreiten nimmt jedoch stetig zu. Ländlichen Regionen entstehen damit erhebliche Nachteile gegenüber den Ballungsgebieten; das betrifft Regionen als Wohnstandort ebenso wie hinsichtlich Bestand und Ansiedlung von Unternehmen. Damit der Landkreis Cochem-Zell im Standortwettbewerb eine Chance hat, braucht er den flächendeckenden Ausbau mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen. Daher ergriffen er und seine Verbandsgemeinden selbst die Initiative und gründeten im Dezember 2011 die „Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH“ (BIG). Mit ihr wollten sie den Anschluss – zu tragfähigen Preisen – gewährleisten. Bevor der Breitbandausbau richtig starten konnte, war eine umfassende Prüfung von Fragen zum europäischen Beihilferecht notwendig, die den Breitbandausbau mindestens um ein Jahr verzögert hat. Nachdem ein Rechtsgutachten erstellt und ein Betrauungsakt für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geleistet war, konnte die Ausbauplanung wieder vorangehen.

Gemeinschaftsprojekt als Public Private Partnership

Damals bestand der Landkreis Cochem-Zell aus 92 Städten und Gemeinden. Mit einer Kooperationsvereinbarung einigten sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Breitbandausbau auf Landkreisebene. Diese Verbundenheit war die wichtigste Voraussetzung dafür, das Konzept umsetzen zu können. Die Gemeinderäte übertrugen die Aufgabe „Breitbandversorgung“ auf die heutigen vier Verbandsgemeinden. Gesteuert wird das Projekt durch die Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH: In Form einer Public Private Partnership haben sich in ihr der Landkreis Cochem-Zell, die vier Verbandsgemeinden des Landkreises, die regionalen Energieversorger RWE Deutschland AG sowie Energieversorgung Mittelrhein AG (EVM), das Telekommunikationsunternehmen inxio KGaA und das private Softwarehaus mps zusammengeschlossen. Die Gesellschafter treffen sich mehrmals im Jahr, fassen im Rahmen der Gesellschafterversammlungen Beschlüsse zur Finanzierung und planen den Ausbau gemeinsam. Zwei Geschäftsführer werden von den beiden Gesellschaftern Landkreis Cochem-Zell und RWE Deutschland AG gestellt.

Das Breitbandprojekt hat ein Gesamtvolumen von rund 17,5 Millionen Euro, wovon etwa neun Millionen Euro als Kredit durch die Sparkasse Mittelmosel finanziert wurden. Mithilfe der privaten Beteiligung und Bürgschaften der Gesellschafter sowie der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz konnte die finanzielle Basis gesichert werden. Der verbleibende, nicht durch Kredite abgedeckte Investitionsbedarf wird durch Gesellschafterdarlehen finanziert, die etwa zur Hälfte aus Bar- und Sacheinlagen bestehen. Diese Anteile der Gesellschafter sollen innerhalb der Mietdauer von 20 Jahren inklusive einer Guthabenverzinsung zurückfließen. Die Kommunen müssen keine Baukostenzuschüsse aufbringen. Die Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens war ein solides Ausbaukonzept.

Glasfaser bis auf die letzte Meile

Bei den Planungen wurde besonders darauf geachtet, vorhandene Infrastrukturen und künftige Baumaß-

nahmen in das neue Netz einzubinden. Viele Gesellschafter haben ihren Geschäftsanteil deshalb nicht nur in Bareinlagen, sondern auch in Form nutzbarer Infrastrukturen, wie Glasfaserleitungen und Leerrohre, als Sachwerte eingebracht. Die Gesamtstrecke des Glasfasernetzes beträgt rund 340 Kilometer. Davon waren zum Baubeginn im Jahr 2012 bereits rund 200 Kilometer als Sacheinlagen der Gesellschafter vorhanden, sodass noch eine Strecke von etwa 140 Kilometern mit Tiefbauarbeiten erschlossen werden musste.

Mit seinem Ausbau bindet sich der Landkreis Cochem-Zell an die drei überregionalen Breitbandtrassen, die das Gebiet durchlaufen, an. Dass diese Glasfaserstrecken bereits vorhanden waren, hat die Ausbaukosten und die Bauzeit reduziert.

In der Glasfasertechnik sieht die BIG die Zukunft der Breitbandversorgung: Anders als beispielsweise bei LTE (Long Term Evolution) garantiert die Glasfaser konstant hohe Bandbreiten und es ist keine Drosselung von Datenmengen notwendig. Im Rahmen des Ausbaus werden mindestens 135 Technikstandorte neben den Kabelverzweigern und Hauptverteilern der Deutschen Telekom AG (DTAG) errichtet und mit Glasfaser erschlossen. Die „letzte Meile“ vom Verteiler bis in die einzelnen Haushalte bleibt weiterhin das Kupferkabel der DTAG.

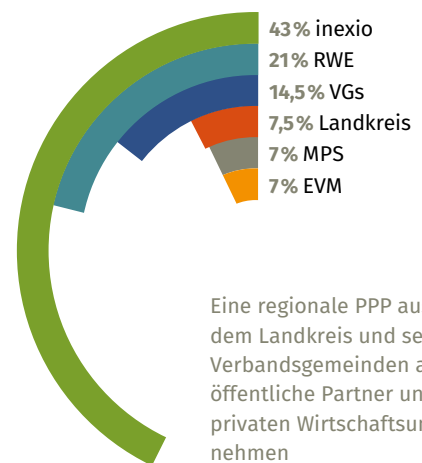
Den Bürgern stehen dann prinzipiell flächendeckend bis zu 100 Mbit/s zur Verfügung. Mit zunehmender Entfernung des Hausanschlusses vom Verteiler kann die Bandbreite allerdings abnehmen: In der Regel werden die Haushalte mit Bandbreiten von 50 Mbit/s, mindestens jedoch von 16 Mbit/s versorgt.

Netz offen für Anbieter

Das Glasfasernetz ist komplett an das Unternehmen inxio vermietet, das den Betrieb und die Instandhaltung sicherstellt. Darüber hinaus steht das neue Netz allen Telekommunikationsunternehmen zur Verfügung, die darüber Dienste anbieten wollen. Im Rahmen von „Open Access“ können sie das Breitbandnetz, einzelne Orte oder einzelne Trassen auch anmieten. Die Bürger haben dadurch die Möglichkeit, sowohl mit inxio als auch mit jedem weiteren Anbieter, der das

Netz anmietet, Telekommunikationsverträge abzuschließen. Die Preise bestimmen diese Unternehmen selbst und bei inxio sind sie in allen Regionen gleich. Der Mietvertrag mit inxio ist für eine Dauer von 20 Jahren geschlossen. Sollte dieses Unternehmen aufgelöst werden, kann ein anderer Betreiber den Netzbetrieb weiterführen. Die BIG rechnet neben

Teilhaber der Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH



Eine regionale PPP aus dem Landkreis und seinen Verbandsgemeinden als öffentliche Partner und privaten Wirtschaftsunternehmen

Quelle: BIG

dem Anschluss von Geschäftskunden und Carrierleistungen mit rund 6000 Privatkunden: Damit ist die Wirtschaftlichkeit des Projekts gewährleistet. Der erste Ort wurde im Februar 2013 freigeschaltet. Inzwischen ist der Tiefbau weitestgehend abgeschlossen. Bis Ende Juni 2015 soll das gesamte Breitbandnetz fertig sein: Bereits 94 von 108 Ortslagen waren im Mai schon online. ■



KONTAKT:
Breitband-Infrastrukturgesellschaft
Cochem-Zell mbH
Telefon: 02671 917815
big@cochem-zell.de
www.big-cochem-zell.de



Die Rundum-Aussicht über den Chiemgau können vom Wendelstein aus alle genießen.

Region für alle

Das Chiemsee-Alpenland hat sich zur barrierefreien Tourismusdestination entwickelt. Am Anfang standen viel Recherche und die Erkenntnis, dass eine schwellenlose Hoteltür alleine nicht ausreicht. [VON CLAUDIA KREIER]

Unter „Barrierefreiheit“ werden in erster Linie Angebote für Rollstuhlfahrer verstanden. Zur Gruppe derjenigen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, gehören aber mehr: ältere Menschen und Familien, Genesende, Blinde und Sehbehinderte. Wenn Angehörige dieser Personengruppen ein Hotel gefunden haben, das sie weder in der Tiefgarage oder im Speisesaal, noch im Badezimmer an Barrieren stoßen lässt, dann ist das ein guter erster Schritt. Urlaub ist es für die Betroffenen meist aber erst dann, wenn sie an Freizeitangeboten teilhaben können. Die Region Chiemsee-Alpenland hat sich auf die Fahnen geschrieben, ein Urlaubsziel für alle Menschen zu sein. Wo für viele Destinationen und Reisevermittler die Recherche aufhört, nämlich beim Hotel, da fing sie bei den Verantwortlichen des Tourismusverbands Chiemsee-Alpenland an. Heute nimmt die Region eine deutschlandweite Vorreiterrolle ein. Als erste Anbieter in Bayern dürfen 28 Betriebe das neue bundesweite Zertifikat „Reisen für Alle“ verwenden. Diese Erfolge beruhen auf jahrelangem Engagement in der Region.

Pilotprojekt 2007 gestartet

Anita Read, von 1999 bis 2014 Behindertenbeauftragte des Landkreises Rosenheim, sitzt seit ihrem 20. Lebensjahr im Rollstuhl. Es war ihr ein Anliegen, barrierefreien Tourismus in Deutschland zu etablieren. Auch von Freunden, ebenso wie von Fremden, wurde sie wiederholt nach barrierefreien Freizeiteinrichtungen in der Region gefragt. Vor acht Jahren stieß sie mit Fördermitteln der bayerischen Staatsregierung das Projekt „Tourismus für alle“ an. Pilotregion war ihre Heimat um den Chiemsee und das erste Ziel: zu sensibilisieren, den Ist-Zustand der Angebote, Einrichtungen und deren Zugänglichkeit zu erfassen und zu überlegen, wie er verbessert werden kann. „Die Allgemeinheit profitiert von Barrierefreiheit“, sagt Anita Read, die von 2004 bis 2008 auch Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung war. „Barrierefreie Einrichtungen sind für zehn Prozent der Bevölkerung – Rollstuhlfahrer, Sehbehinderte, Blinde – unentbehrlich. Für 40 Prozent, nämlich für Senioren und Familien mit Kindern, sind sie notwendig. Für alle Menschen sind sie

komfortabel.“ Besondere Freude machte ihr die Arbeit als Behindertenbeauftragte dann, wenn Ergebnisse sichtbar wurden und sie feststellen durfte, dass ihr Engagement vielen dient: etwa dem Hotelier, der eine höhere Auslastung hat, weil seine barrierefreien Zimmer auch von Senioren gerne gebucht werden oder den Reha-Patienten, die in einer der über 30 Kliniken der Region genesen.

Überblick verschaffen

Der 2010 neugegründete Tourismusverband Chiemsee-Alpenland griff im Jahr 2011 das Thema mit dem Projekt „Barrierefreier Tourismus“ auf. Ein Jahr lang befragte die Projektleiterin Corinna Raab die 53 Gemeinden und Städte der Region, sichtete und bündelte die Daten: Welche barrierefreien Sehenswürdigkeiten, öffentlichen Einrichtungen und Gastronomiebetriebe gibt es? Für wen sind sie zugänglich? Eine Herausforderung war, dass die Daten zur Zugänglichkeit nicht in jeder Kommune am selben Ort hinterlegt waren. Teils war die Gemeinde dafür zuständig, teils die Behindertenbeauftragten, teils die Tourist Informationen. „Es war ein mühseliges Durchfragen“, erinnert sich Corinna Raab. Hinzu kam, dass die Daten nicht in gleicher Qualität vorlagen. „Ich wusste nie, wie barrierefrei ein Angebot wirklich war. Jeder versteht unter dem Wort etwas anderes.“

Für Anita Read ist das noch nicht alles. Sie sieht die größte Herausforderung darin, immer alle Bedürfnisse im Blick zu behalten und ihnen gerecht zu werden. „Menschen mit Sehstörungen haben andere Ansprüche als Körperbehinderte. Manchmal sind diese Ansprüche nicht kompatibel“, sagt sie. Beispielsweise benötigen Blinde eine Bordsteinkante von mindestens zwei Zentimetern, um sie zu erkennen. Für Rollstuhlfahrer sollten gar keine Bordsteinkanten existieren. „Es können spezielle Platten eingebaut werden“, sagt Anita Read. „Vorausgesetzt, die Verantwortlichen haben das erforderliche Wissen und sind für diese Thematik sensibilisiert.“

Produkt mit Qualität entwickelt

Die Ergebnisse der Recherche flossen in die Broschüre „Barrierefrei unterwegs“ ein und bildeten die Basis für weitere Schritte auf dem Weg zur barrierefreien Region. Als im Tourismusverband alle Daten in einheitlicher Form vorlagen, nahm Anita Read Kontakt zur „Nationalen Koordinierungsstelle Tourismus für Alle“ (NatKo) auf. Im Jahr 2013 startete sie gemeinsam mit dem Landratsamt Rosenheim und dem Tourismusverband das Projekt „Barrierefreie Urlaubstage“. Die Projektleitung übernahm die NatKo und zertifizierte 28 Einrichtungen mit dem Siegel „NatKo geprüft“. Es besagt, dass geprüfte Informationen zur Barrierefreiheit vorliegen; potenzielle Besucher erfahren, ob die Einrichtung für sie geeignet ist. Alle Informationen sind auf einer eigenen Themenseite im Internetportal des Tourismusverbands hinterlegt. Die Seite ist barrierearm programmiert: Mithilfe einer speziellen Software können die Inhalte vorgelesen werden. Zu den zertifizierten Einrichtungen zählen Hotels, Gasthäuser, Museen, Badeplätze und touristische Highlights wie das Schloss Herrenchiemsee. Sein Besuch ist – samt der Fahrt mit den Chiemseeschiffen – durchgängig barrierefrei möglich. Ebenso der Aussichtsberg Wendelstein: Die Mitarbeiter der dortigen Zahnradbahn haben bereits

vor einigen Jahren Rampen konstruiert, die Rollstühlen, Rollatoren und Kinderwagen den Zugang ermöglichen – und ihren Nutzern eine grandiose Rundum-Aussicht auf 1800 Metern Höhe.

Kontinuierliche Arbeit wirkt

Nicht nur die Mitarbeiter im Tourismus-Infocenter stellen eine steigende Nachfrage nach barrierefreien Angeboten fest. Auch bei Corinna Raab melden sich immer öfter Betriebe: etwa eine Segelschule, die bereits spezielle Angebote für Menschen mit Behinderung macht und anbot, diese für Urlaubsgäste zu öffnen. Dadurch wird es möglich, die Palette stetig auszubauen.

Für die Geschäftsführerin des Tourismusverbandes, Christina Pfaffinger, gibt es neben der Angebotserweiterung mit zielgruppenspezifischen Produkten einen weiteren wichtigen Aspekt: „Dass die Allgemeinheit und die Verantwortlichen in den Gemeinden für die Thematik sensibilisiert werden“, sagt sie. „Indirekt stellt das Projekt so sicher, dass in Zukunft stärker auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung geachtet wird, beim Straßenbau ebenso wie beim Bau von öffentlichen Einrichtungen. Barrierefreiheit ist eine Investition in künftige Gäste und die eigene Zukunft.“ Mit Blick auf die alternde Gesellschaft sieht sie eine große Chance darin, touristisch als „Rundum-sorglos-Region“ wahrgenommen zu werden. „Wer nicht aus eigener Kraft auf den Berg kommt, der soll auf das Bergerlebnis nicht verzichten müssen, auch nicht auf den Besuch eines Restaurants oder Museums, auf eine Wanderung oder eine Kajakpartie.“ Die Aufgabe des Tourismusverbands ist es, die touristische Leistungskette durchzudenken – damit ein Urlaubstag nicht an der Hoteltür endet. ■

SERVICE:

Im Rahmen des Projekts „Tourismus für alle“ entwickelten das Deutsche Seminar für Tourismus und die NatKo zusammen mit Betroffenenverbänden sowie Akteuren aus Tourismus und Landesmarketing die bundesweit einheitliche Kennzeichnung „Reisen für Alle“. Sie soll branchenübergreifend hohe Qualitätsstandards sichern und Gästen als Informations- und Bewertungssystem dienen. Inzwischen setzen zehn Bundesländer, einige Regionen und auch eine Hotelkooperation das System ein. Rund 400 Betriebe wurden geprüft. www.reisen-fuer-alle.de



KONTAKT:

Corinna Raab

Projekt Barrierefreier Tourismus und Gastronomie
Chiemsee-Alpenland Tourismus GmbH & Co. KG
Telefon: 08669 5595 (Homeoffice)
raab@chiemsee-alpenland.de
www.chiemsee-alpenland.de

Alt und trotzdem mittendrin

Ältere Menschen in ländlichen Regionen sollen noch möglichst lange selbstständig zu Hause leben können. Dieses Ziel verfolgen acht Projekte im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. [VON JANA HOYMANN]

Bereits heute sind viele ländliche Regionen aufgrund von Nachfolgeproblemen vieler in den Ruhestand gehender Landärzte medizinisch unterversorgt. Ältere Menschen stehen zudem vor der Herausforderung, dass ihre Angehörigen nicht mehr in dem Maße wie früher Aufgaben in der Pflege und im Haushalt übernehmen können. Mit zunehmendem Alter nimmt außerdem die individuelle Mobilität ab und die Gefahr der Vereinsamung steigt. Um älteren Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause bei hoher Lebensqualität zu ermöglichen, bedarf es deshalb wohnortnaher Angebote im Gesundheitsbereich sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Breite Themenpalette

Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge unterstützt in den Jahren 2014 und 2015 acht Umsetzungsprojekte dabei, diese Herausforderungen zu meistern: im Oberen Elbtal/Osterzgebirge (Sachsen), im Spreewalddreieck (Brandenburg), im Amt Peenetal/Loitz (Mecklenburg-Vorpommern), in Westmecklenburg (Mecklenburg-Vorpommern), in der Verbandsgemeinde Daun (Rheinland-Pfalz) sowie in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg (Hessen), Trier-Saarburg (Rheinland-Pfalz) und Coburg (Bayern). Die Projekte greifen ein breites Spektrum auf: Sie wollen zum Beispiel Helfernetzwerke für akute Notfälle und präventive Vorsorge aufbauen, niedrigschwellige Beratungsangebote, Gesundheitssportangebote oder altersgerechte Wohnformen etablieren.

Mehr Gesundheitssport in Westmecklenburg

Der regionale Planungsverband Westmecklenburg hat sich beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Institut für Präventivmedizin der Universität Rostock zum Ziel gesetzt, den Gesundheitssport vor allem in Vereinen zu stärken. Zu diesem Zweck haben das Thünen-Institut Bollewick und das Beratungsbüro Urbanizers zunächst die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und das bürgerschaftliche Engagement in verschiedenen Gemeinden Westmecklenburgs erhoben. Besonders positiv aufgefallene Gemeinden

konnten sich daraufhin in einem Wettbewerb um die Einrichtung eines Bewegungsparcours bewerben. In der Gewinnergemeinde Crivitz gestalteten anschließend die Bürger im Rahmen einer Planungswerkstatt den Parcours mit, der derzeit errichtet wird. Er wird von einer breiten Bevölkerungsgruppe unterstützt und gewünscht. Zudem deutet sich an, dass er einen längerfristigen Prozess zur Zukunft der Ortsentwicklung initiiert hat, bei dem sich Verwaltung und Bürger gleichermaßen engagieren. Parallel dazu werden, auch über die Gemeinde Crivitz hinaus, vor allem Übungsleiter von Vereinen zur Sturzprävention geschult. Damit soll sich der Gesundheitssport stärker in Vereinen etablieren, denn diese sind gut im ländlichen Raum verankert und ermöglichen den Bürgern eine wohnortnahe Möglichkeit der sozialen Teilhabe. Unterstützend beraten Projektmitarbeiter die Vereine dazu, wie sie qualitativ hochwertigen Gesundheitssport anbieten können. Ein eigens erarbeiteter Leitfaden bereitet die Vereine auf eine zügige Zertifizierung und Anerkennung der Gesundheitssportangebote vor. In Form eines Beratungs- und Aufnahmeprotokolls, einer standardisierten Aufnahmestunde sowie eines Fragebogens zur Mitgliederzufriedenheit stehen ihnen zudem Qualitätssicherungsinstrumente zur Verfügung. Die erarbeiteten Materialien übertreffen die bundesweiten Standards und sind mit den gesetzlichen Krankenkassen abgestimmt. Durch die Einbindung aller relevanten Akteure aus Wissenschaft, Regionalplanung, dem Gesundheitssektor, Sportverbänden und Krankenkassen in einem eng geknüpften Netzwerk konnten die vorhandenen Potenziale gut genutzt werden.

Barrierefreier Wohnraum im Oberen Elbtal/Osterzgebirge

Auch in den ländlichen Räumen der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge ist der Anteil hochbetagter Menschen groß und viele notwendige Infrastrukturen brechen weg. Die Region ist aber auch durch enge soziale Netzwerke, ein gemeinsames Verantwortungsgefühl und gegenseitige Hilfe geprägt. Im dortigen Landkreis Meißen soll es älteren



Weil gesellschaftliche Teilhabe wichtig ist: Der Regionale Planungsverband Westmecklenburg fördert den Gesundheitssport für Senioren.

Menschen ermöglicht werden, noch möglichst lange zu Hause leben zu können. Eine Befragung im Rahmen des Projektes verdeutlichte, dass ein bedeutendes Hindernis hierfür der überwiegend nicht barrierefreie Wohnraum ist. Zudem wissen viele ältere Menschen nicht, welche Gesundheitsangebote und haushaltsnahen Dienstleistungen in ihrer Region angeboten werden. In einer Datenbank erfassen Projektmitarbeiter deshalb zunächst alle wichtigen diesbezüglichen regionalen Angebote, insbesondere zu niedrighschwelliger Wohnberatung und Wohnraumanpassung. Gleichzeitig haben fünf Gemeinden Beratungsstellen in ihren Rathäusern eingerichtet, die diese Datenbank nutzen und eine unabhängige Beratung anbieten. Die Räume im Rathaus sind den älteren Menschen meist bekannt und das Angebot daher niedrighschwellig zugänglich. Alle kommunalen Berater werden regelmäßig zu aktuellen Themen geschult. Die Schulungen führt der Landkreis selbst durch oder engagiert dafür Fachleute.

Die Erprobungsphase hat Anfang 2015 begonnen und wird von den Bürgern gut angenommen. Dabei legt jede Kommune je nach Versorgungslage andere Schwerpunkte. Zwei Kommunen, die bereits eine Seniorenberatungsstelle haben, konzentrieren sich zum Beispiel darauf, die vorhandenen regionalen Versorgungs- und Beratungsangebote zu bündeln, während andere ihre Beratungsstelle erst einmal etablieren müssen. Dabei ist es besonders hilfreich, die ehrenamtlichen Multiplikatoren aus den Seniorenvereinen einzubinden. Eine weitere Gemeinde hatte bereits im vergangenen Jahr zusammen mit dem Geriatrischen Netzwerk monatlich eine Gesundheits- und Pflegeberatung angeboten. Da diese bisher jedoch kaum genutzt wurde, wird sie dieses Jahr in einer breit angelegten Imagekampagne bekannt gemacht, zudem wurden die Beratungszeiten erweitert.

Kommunenspezifische anstelle von einheitlichen Beratungskonzepten zu erstellen, hat sich zwar als aufwändiger, aber deutlich zielgerichteter herausgestellt. Da die Beratungsstellen räumlich und personell in den Kommunen angesiedelt sind, können sie nach Projektende fortgeführt

werden. Darüber hinaus ist angedacht, die kommunale Beratung auf den gesamten Landkreis Meißen auszudehnen und auch das Schulungsangebot aufrecht zu erhalten.

Erste Erfolgsfaktoren

Die Probleme sind regional unterschiedlich ausgeprägt, daher werden sie in den Projekten auch primär lokal beziehungsweise dezentral bearbeitet. Dabei zeigte sich, dass es für eine erfolgreiche Umsetzung wichtig ist, zum einen sowohl politische Entscheidungsträger als auch bekannte Personen aus der Verwaltung frühzeitig einzubinden und zum anderen die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu berücksichtigen. Der langfristige Erfolg kann an dieser Stelle noch nicht beurteilt werden, da die Projekte erst Ende 2015 abgeschlossen werden. Gleichwohl zeigt sich schon jetzt, dass die Vielzahl der beteiligten Akteure auch langfristig einen zentralen Koordinator benötigen werden. ■



KONTAKT:

Dr. Jana Hoymann
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Telefon: 0228 99401-2133
jana.hoymann@bbr-bund.de
www.bbsr.bund.de
www.regionale-daseinsvorsorge.de

Tanja Blankenburg
Regionaler Planungsverband Westmecklenburg
Telefon: 0385 58889-133
tanja.blankenburg@aflwm.mv-regierung.de
www.westmecklenburg-schwerin.de

Dagmar Socher
Landratsamt Meißen, Dezernat Soziales
Telefon: 03521 7253109
dagmar.socher@kreis-meissen.de
www.kreis-meissen.org/9442.html